



# Extremismus erkennen

Handreichung für Betreiber von Flüchtlingsunterkünften



**Baden-Württemberg**

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Taubenheimstraße 85 A  
70372 Stuttgart

### GESTALTUNG & SATZ:

www.tanjabeters.com

### BILDNACHWEISE:

dpa Picture-Alliance  
Shotshop

### DRUCK:

e.kurz+co druck und medientechnik gmbh

### STAND:

Februar 2016

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

## VERTEILERHINWEIS

Diese Informationsschrift darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

<b>ZIELE DIESER HANDREICHUNG</b>	<b>4</b>
<b>1. ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS UND TERRORISMUS</b>	<b>5</b>
1.1 Islamismus–Salafismus–Jihadismus: eine Begriffsbestimmung	5
1.2 Mögliche Problemfelder im Flüchtlingskontext	7
1.3 Radikalisierungsprozesse: Wege in die Gewalt erkennen	7
1.4 Aktivitäten innerhalb des islamistischen Spektrums	8
1.5 Verbotene jihadistische Kennzeichen und Organisationen	9
1.6 Fiktive Beispiele für Missionierungsaktivitäten und Radikalisierungsprozesse unter Flüchtlingen	10
<b>2. RECHTSEXTREMISMUS</b>	<b>13</b>
2.1 Flüchtlingsthematik in rechtsextremistischen Szenen	13
2.2 Rechtsextremistische Parteien und Organisationen	14
2.3 Gewaltbereiter Rechtsextremismus	15
2.4 Erkennungszeichen	15
<b>3. LINKSEXTREMISMUS</b>	<b>17</b>
<b>4. AUSLÄNDEREXTREMISMUS</b>	<b>18</b>
<b>5. SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)</b>	<b>20</b>
<b>6. SPIONAGEABWEHR</b>	<b>21</b>
<b>WAS KÖNNEN SIE TUN? WIE ERREICHEN SIE UNS?</b>	<b>22</b>

## ZIELE DIESER HANDREICHUNG

Seit geraumer Zeit flieht eine steigende Zahl von Menschen vor Kriegen und Bürgerkriegen, vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor terroristischen Organisationen. Diese Menschen kommen nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen. Neben den staatlichen Behörden engagieren sich viele Verbände und Vereine, Hilfsorganisationen und Einzelpersonen bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge. Unter Ihnen können sich jedoch auch extremistische Organisationen oder Personenkreise befinden, die versuchen, die schwierige Lage der Flüchtlinge auszunutzen. Überdies ist angesichts der Asyl- und Flüchtlingsproblematik auch eine zunehmende Radikalisierung rechtsextremistischer Parteien, Organisationen und Szenen auszumachen.

Die vorliegende Handreichung dient der Aufklärung und Sensibilisierung von Personen, die mit Flüchtlingen arbeiten. Sie sollen dabei unterstützt werden, auf den Flüchtlingsrouten eingereiste Islamisten, etwa Salafisten, zu identifizieren und einschlägige Aktivitäten unter den Flüchtlingen wie etwa Anwerbeversuche und Rekrutierungsvorhaben islamistischer Organisationen wahrzunehmen. Die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften sollen außerdem in die Lage versetzt werden, Extremisten unter den mit der Flüchtlingsunterbringung beschäftigten Personen zu erkennen. Die Broschüre soll ihnen dabei helfen, Symbole und Agitationsmuster von Rechtsextremisten und Islamisten sowie Einflussnahmen durch andere extremistische Gruppen oder fremde Nachrichtendienste festzustellen.

Hinweise auf extremistische Werbeversuche, Einflussnahmen oder Gefährdungen nehmen die zuständigen Stellen bei den Sicherheitsbehörden entgegen; siehe Seite 22/23. Bei konkreten Einzelfällen steht das Landesamt für Verfassungsschutz beratend zur Verfügung. Die Handreichung bietet keine umfassende Übersicht über die Aufgabenfelder des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Detaillierte Informationen sind im Internet unter [www.verfassungsschutz-bw.de](http://www.verfassungsschutz-bw.de) zu finden.

# 1. ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS UND TERRORISMUS

## 1.1 ISLAMISMUS – SALAFISMUS – JIHADISMUS: EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG

### ISLAMISMUS

Unter dem Begriff „Islamismus“ versteht man eine politische Ideologie. Im Mittelpunkt islamistischer Ideologie steht die vorgeblich „gottgewollte“ Ordnung, die das gesamte öffentliche und private Leben bestimmen soll. Diese Rechts- und Werteordnung (Scharia) wird aus den islamischen Glaubensgrundlagen wie dem Koran abgeleitet. Islamisten sehen ihre Interpretation der Scharia als einzig legitimes Gesetz an, das alle sozialen, juristischen, wirtschaftlichen und politischen Belange abschließend regelt. Damit steht der Islamismus im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.

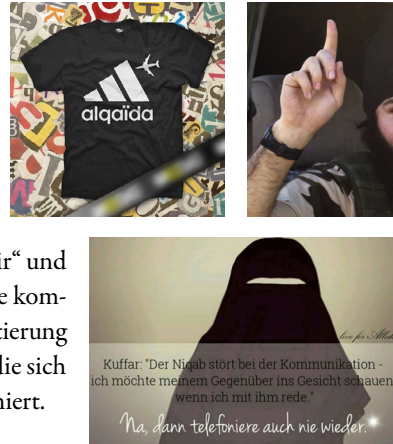
Das islamistische Spektrum ist breit gefächert, sowohl hinsichtlich der verfolgten Ziele als auch der Wahl der Mittel. Während einige islamistische Gruppen zur Durchsetzung ihrer Ziele auch Gewalt befürworten oder anwenden, bewegen sich andere im nicht-gewaltorientierten Bereich. Letztere sind bestrebt, ihre Ziele im Rahmen der geltenden Gesetze zu verwirklichen (legalistischer Islamismus). Sie versuchen, mit karitativen Aktivitäten oder Bildungsangeboten die vermeintlich authentischen islamischen Werte und Normen in die Gesellschaft zu transportieren und die Menschen so vom eigenen Glaubensmodell zu überzeugen. In diesem Kontext ist es durchaus möglich, dass Islamisten unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe auch in oder im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen aktiv werden.

### SALAFISMUS

Sowohl international als auch in Deutschland ist der Salafismus derzeit die dynamischste islamistische Bewegung. Seine Vertreter nehmen für sich in Anspruch, den – kulturell vielfältigen und historisch gewachsenen – Islam von vermeintlich fremden Einflüssen zu reinigen. Dabei reklamieren sie für sich selbst ein „authentisches Islamverständnis“, das angeblich auf dem Vorbild der frühen Muslime um den Religionsstifter Muhammad beruht. In ihrem Tun und Wirken berufen sich Salafisten ausschließlich auf den Koran. Nach ihrer Auslegung darf dieser nur im Lichte der über-



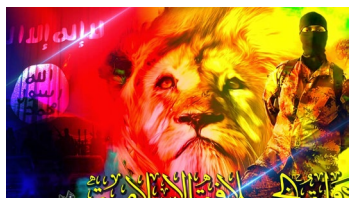
lieferten Glaubenspraxis des Propheten Muhammad (der Sunna) interpretiert werden. Der Islam ist für sie ein umfassendes, für die gesamte Menschheit verbindliches Lebenssystem. Auf dieser Basis teilen Salafisten die Welt in „Gut“ und „Böse“, „Gläubige“ und „Ungläubige“, „Wir“ und „Ihr“ ein. Sie geben einfache Antworten auf die komplexen Fragen der Gegenwart und bieten Orientierung und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft an, die sich zudem als Träger des „einzig wahren“ Islams definiert.



Auch Flüchtlinge gehören zur potenziellen Zielgruppe salafistischer Mission. Dies betrifft vor allem junge männliche unbegleitete Flüchtlinge. Salafisten vermitteln ihnen Kontakte und das Gefühl, in eine Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Dabei verbergen sie zunächst ihre ideologischen Absichten. Hinzu kommt, dass sich der Salafismus in Deutschland mittlerweile zu einer Jugendkultur mit eigener Sprache, Symbolik, Kleidung und Musik entwickelt hat. Dies macht ihn besonders für junge Menschen attraktiv.

#### POLITISCHER SALAFISMUS – JIHADISMUS

Salafistische Strömungen lassen sich in eine politische und eine jihadistische Richtung unterteilen. Während Vertreter des politischen Salafismus vornehmlich intensiv Propaganda betreiben, wollen Anhänger des jihadistischen Spektrums ihre Überzeugungen gewaltsam durchsetzen. Sie interpretieren den Begriff „Jihad“, der „Bemühung und Anstrengung auf dem Weg Gottes“ bedeutet, ausschließlich militärisch und erklären den „heiligen Krieg“ zur individuellen Glaubenspflicht für jeden Muslim. Zum Jihadismus zählt aber nicht allein die terroristische Tat, sondern auch die vielfältige, teilweise hochprofessionelle Propaganda seiner



Anhänger. Der jihadistischen Strömung ist unter anderem die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zuzurechnen.

#### 1.2 MÖGLICHE PROBLEMFELDER IM FLÜCHTLINGSKONTEXT

Im Phänomenbereich Islamismus lassen sich für die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften konkret drei potenzielle Problemfelder ausmachen:

Erstens kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf den Flüchtlingsrouten Menschen in die Bundesrepublik einreisen, die in den verschiedenen Bürgerkriegen bewaffnete Gruppierungen mit extremistischen Positionen unterstützt haben. Beispielsweise hierfür wären jihadistische Gruppierungen wie der IS.

Zweitens können Flüchtlinge in den Unterkünften selbst Radikalisierungsprozesse durchlaufen, sei es durch Anwerbung von außen, aufgrund entsprechender Kontakte in den Unterkünften oder auch bedingt durch Umstände, die der Einreise nach Deutschland vorausgegangen sind.

Drittens ist es möglich, dass Islamisten Flüchtlinge gezielt und in missionarischer Absicht ansprechen, um für das eigene Islamverständnis zu werben. Dies kann unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe geschehen.

#### 1.3 RADIKALISIERUNGSPROZESSE: WEGE IN DIE GEWALT ERKENNEN

Der Begriff „Radikalisierung“ bezeichnet die Hinwendung von Personen zu extremistischen Denk- und Handlungsweisen und schließlich ihren Weg in die Gewalt. Radikalisierung ist ein höchst individueller Prozess, der von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird; diese reichen von der Persönlichkeitsstruktur des Einzelnen über sein Umfeld bis hin zu den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen. Obgleich ein „typischer“ Radikalisierungsverlauf nicht existiert, spielen doch häufig persönliche Kontakte im Freundes- oder Bekanntenkreis eine zentrale Rolle bei der Annäherung an den Islamismus. Auch vor diesem Hintergrund kann die Flüchtlingshilfe durch islamistische Gruppierungen eine radikalisierende Wirkung entfalten.

Es gibt nicht „das“ definitive Kennzeichen für die Radikalisierung einer Person. Verschiedene Indikatoren können allerdings auf eine Radikalisierung hindeuten, wenn sie parallel auftreten. Dazu zählen unter anderem:

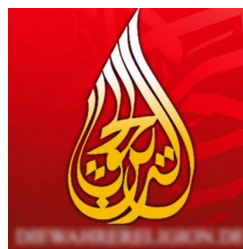
- Abrupte Veränderung des äußeren Erscheinungsbildes (z. B. Wechsel des Kleidungsstils zu vermeintlich traditioneller Tracht);
- Beschäftigung mit islamistischen Inhalten (z. B. Teilnahme an Veranstaltungen)

- salafistischer Prediger, regelmäßiger Besuch einschlägiger Moscheen etc.);
- Behauptung, der Islam sei die einzig „wahre“, legitime, und vor allem in jeder Hinsicht überlegene Religion, sowie Forderungen nach einer strikten Befolgung und Umsetzung islamischer Werte und Normen;
- beharrliche Bemühungen, das „unislamische“ Umfeld zu einem Übertritt zum „wahren Islam“ zu bewegen;
- Abgrenzungs- und Rückzugsverhalten gegenüber Andersdenkenden (z. B. durch Abbruch von Kontakten und Diffamierung Andersdenkender als „Ungläubige“);
- Aufbau eines neuen sozialen Umfelds mit ausschließlich islamistischen Gleichgesinnten.

Viele dieser Merkmale deuten für sich genommen allerdings nicht zwingend auf eine Radikalisierung hin; es kann sich ebenso um Anzeichen für eine äußerst strenge private Religionsausübung handeln. Hinzu kommt, dass bei Flüchtlingen Veränderungsprozesse schwerer zu erkennen sein könnten. Grundsätzlich gilt aber: Je mehr der genannten Indizien parallel auftreten und je stärker Veränderungsprozesse erkennbar sind, desto mehr sollten sie Anlass zu Aufmerksamkeit und ggf. weiteren Maßnahmen geben.

#### 1.4 AKTIVITÄTEN INNERHALB DES ISLAMISTISCHEN SPEKTRUMS

Zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern von Salafisten gehört die Mission (Da'wa) im Sinne ihrer strengen Islamauslegung. Zu den Kampagnen mit überregionaler Bedeutung gehört u. a. das Projekt „LIES! Im Namen deines Herrn, der dich erschaffen hat“. Von der salafistischen Vereinigung „Die Wahre Religion“ initiiert, werden hier kostenlose Korane verteilt. Problematisch ist dabei nicht die Verteilungsaktion an sich sondern ihr missionarischer Hintergrund, der auf eine Verbreitung der salafistischen Weltanschauung abzielt.



Über explizite Missionierungskampagnen hinaus existieren verschiedene Vereine, etwa „Ansaar Internationale e. V.“ oder „Helfen in Not e. V.“, deren vorgegeblicher Zweck die humanitäre Hilfe vor Ort in Syrien ist. Sie treten mit Spendensammlungen in Erscheinung. Dabei sind auch diese Vereine dem salafistischen Spektrum zuzurechnen.



Besonders aktiv ist in Baden-Württemberg die legalistische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG). Vor allem über ihren Hilfs- und Sozialverein „HASENE e. V.“ präsentiert sich die IGMG als Erbringerin von Unterstützungsleistungen verschiedener Art für Flüchtlinge. Das Angebot reicht von Spenden über die Freizeitgestaltung bis hin zur Aufnahme von Geflüchteten durch die Moscheegemeinden und ihrer täglichen Betreuung. Insbesondere der Plan, Flüchtlingskinder an staatlich anerkannten islamischen Privatschulen unterzubringen, ist kritisch zu bewerten: Die islamistischen Inhalte, die in IGMG-Bildungsinstitutionen vermittelt werden, können sich nachteilig auf die angestrebte Integration von Kindern und Jugendlichen in die säkulare Gesellschaft auswirken.

Auch die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD), die sich an der Ideologie der islamistischen „Muslimbruderschaft“ orientiert, betätigt sich in Baden-Württemberg in der Flüchtlingshilfe. Vor allem ihre örtlichen Vertreter, die „Islamischen Zentren“ (IZ), organisierten bisher z. B. Kleiderspenden und luden Flüchtlinge zum Besuch von Moscheen ein.



#### 1.5 VERBOTENE JIHADISTISCHE KENNZEICHEN UND ORGANISATIONEN

Die Verwendung von Kennzeichen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) ist in Deutschland nach dem Vereinsgesetz verboten. Hierzu zählt vor allem die schwarze Fahne des IS in verschiedenen Varianten; sie zeigt den ersten Teil des islamischen Glaubensbekenntnisses sowie das sogenannte Prophetensiegel. Ebenfalls verboten sind die Logos der IS-Medienstellen, welche die menschenveracht-

ende Propaganda des IS verbreiten – hierzu gehört z. B. das englischsprachige „Hayat Media Center“. Die Verbreitung solcher Kennzeichen etwa in Form von Aufklebern oder Graffiti stellt damit eine strafrechtlich relevante Handlung dar. Darüber hinaus sind in Deutschland mehrere Vereinigungen verboten worden, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, den gewaltsamen Jihad befürworten und zum Hass gegen „Ungläubige“ aufrufen. Hierzu zählen die 2012 verbotene Gruppierung „Millatu Ibrahim“ oder ihre Nachfolgeorganisation „Tauhid Germany“, die im Jahr 2015 verboten wurde. Auch eine Verbreitung der Symbole dieser Vereinigungen ist strafbar.



#### 1.6 FIKTIVE BEISPIELE FÜR MISSIONIERUNGSAKTIVITÄTEN UND RADIKALISIERUNGSPROZESSE UNTER FLÜCHTLINGEN

Ein Radikalisierungsprozess kann, wie bereits erwähnt, nicht an einzelnen Erkennungszeichen festgemacht werden. Auch ist nicht jede humanitäre Hilfe aus dem islamischen Spektrum mit islamistischen Missionsabsichten verbunden. Gleichwohl können letztere im humanitären Gewand daherkommen. Die folgenden hypothe-

tischen Beispielfälle sollen daher aufzeigen, welche Probleme mit Extremisten unter Umständen in Flüchtlingsunterkünften oder deren Umfeld auftreten können:

#### ISLAMISTISCHE AKTIVITÄTEN ZUR GEWINNUNG NEUER ANHÄNGER:

##### ■ FALLBEISPIEL 1: BÜCHERSPENDE

Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter übergibt einer Flüchtlingsunterkunft im Namen einer nahegelegenen Moschee eine Bücherspende. Da dem Sicherheitspersonal der Einrichtung die Moschee von einem Dolmetscher als „radikal“ beschrieben wurde, kontaktiert es den Verfassungsschutz und bittet um Auskunft, inwieweit eine Verteilung der Bücher an die Bewohner bedenklich ist. Der Verfassungsschutz teilt mit, dass die Bücher islamistische Inhalte haben und dass es sich bei der Moschee um einen Treffort salafistischer Gruppen handelt.

##### ■ FALLBEISPIEL 2: EINLADUNGEN ZU RELIGIÖSEN VERANSTALTUNGEN

Mehrere junge Männer gehen auf Flüchtlinge in einer Aufnahmeeinrichtung zu und überbringen neben Kleidern auch Korane und Gebetsteppiche. Dabei erkundigen sie sich nach den religiösen Praktiken in der Einrichtung und laden die Flüchtlinge zum Gebet in eine Moschee ein. Sie bieten den Flüchtlingen zudem gemeinsame Essen und die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen an und organisieren sogar einen Fahrdienst. Der Verfassungsschutz, dem die Leitung der Flüchtlingsunterkunft diese Feststellungen übermittelt hat, teilt mit, dass die genannte Moschee vorwiegend von Islamisten besucht wird.

#### RADIKALISIERUNG UNTER FLÜCHTLINGEN:

##### ■ FALLBEISPIEL 1: RADIKALISIERUNG DURCH EINEN IMAM

Die Leitung einer Flüchtlingsunterkunft stellt fest, dass sich eine Gruppe von Flüchtlingen durch veränderte Verhaltensweisen zunehmend gegenüber den anderen Bewohnern abgrenzt. Die Gruppenmitglieder lassen ihre Bärte wachsen, ihre Gespräche drehen sich nahezu ausschließlich um religiöse Themen und der Kontakt zu anderen Bewohnern wird nur noch über die Verwicklung in Diskussionen über die vermeintlich wahre Auslegung des Islam gesucht. Auf Kritik

an ihren Ansichten reagieren sie mit Beschimpfungen. In einem Gespräch der Leitung mit dem Sicherheitspersonal wird deutlich, dass die Gruppe seit längerem Besuch von einem in der Nähe lebenden Imam erhält. Die Leitung kontaktiert daraufhin die zuständige Polizeidienststelle, welche neben einer gefahrenabwehrrechtlichen Analyse auch den Verfassungsschutz einbindet. Im weiteren Verlauf kontaktiert der Verfassungsschutz die Leitung und teilt mit, dass es sich um den Imam einer vor allem von Salafisten besuchten Moschee handelt.

#### ■ FALLBEISPIEL 2: GLORIFIZIERUNG DES „ISLAMISCHEN STAATES“ (IS)

Ein jugendlicher muslimischer Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft schaut sich auf seinem Smartphone verstärkt YouTube-Videos aus dem syrischen Bürgerkrieg an. Im Gespräch mit einem freiwilligen Flüchtlingsbetreuer erklärt er, dass das „Regime des Diktators Assad brutalste Gräueltaten an den Muslimen begeht“. Dem Betreuer entgeht nicht, dass der jugendliche Flüchtling als Hintergrundbild des Smartphones die Flagge der Terrororganisation „Islamischer Staat“ gewählt hat. Gegenüber anderen Bewohnern der Flüchtlingsunterkunft hat der junge Mann zuvor bereits geäußert, dass die „tapferen Kämpfer der Daula [arabisches Synonym für den IS] die Umma [muslimische Gemeinschaft] gegen die Ungläubigen verteidigen.“ Die Mitteilung des Betreuers an die nächstgelegene Polizeidienststelle führt zu sofortigen Gefahrenermittlungen bzw. zur Prüfung der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens bei der zuständigen Staatsanwaltschaft. Die zuständige Polizeidienststelle bindet den Verfassungsschutz in die Prüfung des Sachverhalts ein.

## 2. RECHTSEXTREMISMUS

### 2.1 FLÜCHTLINGSTHEMATIK IN RECHTSEXTREMISTISCHEN SZENEN

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind zentrale Elemente der rechtsextremistischen Ideologie. Daher greifen Rechtsextremisten die Themenkomplexe „Asyl“ und „Zuwanderung“ schon seit langem in Aktionen und Agitation auf. Aus Sicht von Rechtsextremisten scheinen sich die eigenen Prognosen und Verschwörungstheorien nun zu bestätigen. Deswegen werden neben den Flüchtlingen auch die politischen Verantwortungsträger zum Feindbild erklärt.

Mit dem aktuellen Flüchtlingszustrom geht eine zunehmende Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene einher; die Medienberichterstattung über erwartete Flüchtlingszahlen und deren Auswirkungen auf Europa und Deutschland haben zu einem besorgniserregenden Anstieg der Agitation geführt. Auch ist ein deutlicher Anstieg der Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte festzustellen. Das Spektrum reicht von Propagandadelikten und Sachbeschädigungen bis hin zu Brandstiftungen an Flüchtlingseinrichtungen und körperlichen Angriffen auf (vermeintliche) Flüchtlinge. Die politisch-demokratischen Akteure tragen aus rechtsextremistischer Sicht die Schuld an einer Entwicklung, die für das deutsche Volk existenzbedrohend sein soll. Deshalb können Politiker, Mitarbeiter kommunaler und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen sowie ehrenamtliche Helfer, die Flüchtlinge unterstützen, ebenfalls zur Zielscheibe der Agitation und zu Opfern von Straftaten werden. Auch kann die Bildung rechtsterroristischer Gruppierungen nach dem Vorbild des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ nicht ausgeschlossen werden.

Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet rechtsextremistische Aktivitäten mit Bezug zur Flüchtlingsthematik und sammelt deshalb Informationen über Personen oder Gruppierungen, die

- sich fremdenfeindlich oder rassistisch zu Flüchtlingen äußern,
- Flüchtlinge angreifen oder Flüchtlingseinrichtungen beschädigen,
- politische oder zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Tätigkeit mit Flüchtlingen attackieren oder behindern,



- an Flüchtlingseinrichtungen oder in deren Nähe fremdenfeindliche oder rassistische Aufkleber, Plakate, Transparente oder Graffiti anbringen oder
- dort fremdenfeindliche oder rassistische Flyer, Broschüren etc. verteilen.

## 2.2 RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

Initiiert wird die Anti-Asyl-Agitation in Baden-Württemberg überwiegend durch rechtsextremistische Parteien. So versuchen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), „DIE RECHTE“ und „DER DRITTE WEG“ stets, mittels Flugblättern, Demonstrationen und Internetauftritten, mit der



Teilnahme an Bürgerversammlungen und mit Infoständen auf sich aufmerksam zu machen. Die Parteien wollen mit ihren extremistischen Sicht- und Denkweisen auch in die bürgerliche Mitte vordringen und so einen Stimmenzuwachs bei bevorstehenden Wahlen erzielen. Als ideologische Begründung für die Proteste dienen oft Schlagwörter wie „Masseneinwanderung“, „Asylflut“, „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ sowie ein vermeintlich zu erwartendes Ansteigen der Kriminalität im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen.

Neben den rechtsextremistischen Parteien haben auch andere rechtsextremistische Organisationen den Großteil ihrer Agitation und Aktionen auf das Thema „Anti-Asyl“ ausgerichtet. Organisationen wie die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) oder die „Europäische Aktion“ (EA) treten hierbei überwiegend im Internet in Erscheinung, führen in Baden-Württemberg aber auch regelmäßig öffentlichkeitswirksame Aktionen durch. In der Gesellschaft negativ belegte Begrifflichkeiten, die mit rechtsextremistischen Parteien verbunden wer-



den, versuchen diese Organisationen zu meiden. So warnt die IBD etwa nicht vor dem drohenden „Volkstod“, sondern vor einem „Bevölkerungsaustausch“.

Im Internet veröffentlichen Parteien und Organisationen Ratschläge, zu welchen Mitteln gegriffen werden kann, um sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen zu wehren. Für den Fall, dass in einer Kommune Flüchtlinge untergebracht werden sollen, werden unter anderem die Gründung von Bürgerinitiativen, die Organisation von Kundgebungen und Demonstrationen und der Besuch bzw. die Störung kommunaler Informationsveranstaltungen vorgeschlagen.

## 2.3 GEWALTBEREITER RECHTSEXTREMISMUS

Bei Betrachtung der Anti-Asyl-Agitation von Rechtsextremisten ist festzustellen, dass nicht nur die Quantität der politischen Hetze zunimmt, sondern dass auch der Ton immer aggressiver wird. Dies führt wiederum zu einer Radikalisierung von Einzelpersonen und Gruppierungen sowie zum Absinken der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung. Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit gehen im deutschen Rechtsextremismus in der Regel von zwei Gruppen aus: von subkulturell geprägten Rechtsextremisten, insbesondere aus der Skinheadszene und von Teilen der Neonaziszene. Die Gruppierungen des gewaltbereiten Spektrums beteiligen sich mitunter auch an den Aktionen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen.



## 2.4 ERKENNUNGSZEICHEN

Neben den beschriebenen Aktionsformen sind Rechtsextremisten im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften auch anderweitig in Erscheinung getreten. So wurden beispielsweise Szeneangehörige in den Reihen des eingesetzten Sicherheitspersonals identifiziert. Die Betroffenen sind nicht ohne weiteres als Rechtsextremisten zu erkennen, können aber u. a. durch fremdenfeindliche oder rassistische Äußerungen auffallen.



Auch die Verwendung bestimmter Zeichen, Symbole und Zahlencodes sowie das Tragen typischer Szenekleidung (z. B. Marken wie Consdaple, Thor Steinar) können auf eine rechtsextremistische Einstellung hinweisen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass einige Elemente in Teilen auch über die rechtsextremistische Szene hinaus verbreitet sind. Auch weisen manche Kennzeichen einen Bezug zum Nationalsozialismus auf, sind jedoch germanischen oder heidnischen Ursprungs. So verwenden auch Rechtsextremisten diese Symbole, um der Strafverfolgung zu entgehen. Daher reicht deren bloße Verwendung nicht immer aus, um eine Person zweifelsfrei als Rechtsextremisten zu identifizieren, so etwa das Keltenkreuz oder die Schwarze Sonne. Die Symbole der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppierung „Hammerskins“ (zwei gekreuzte Zimmermannshämmer) werden demgegenüber ausschließlich von Rechtsextremisten getragen. Die Zahl 18 wird als Ersatz für den 1. und den 8. Buchstaben des Alphabets A und H genutzt, welche die Initialen von Adolf Hitler symbolisieren sollen. Weitere Kombinationen sind z. B. 88 für „Heil Hitler“ oder 28 als Ersatz für die verbotene rechtsextremistische Organisation „Blood & Honour“ (B&H). Auch wird in Anlehnung an eine aus 14 Worten bestehende rassistische Parole die Zahl 14 bzw. der Ausdruck „14 Words“ genutzt. Einen Überblick über die Symbole und Codes der rechtsextremistischen Szene bietet die **Broschüre „Rechtsextremismus: Symbole, Zeichen und verbotene Organisationen“** des Bundesamts für Verfassungsschutz (abrufbar unter [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de), Menüpunkt Öffentlichkeitsarbeit/Publicationen).



**THOR STEINAR**  
NORDIC COMPANY

### 3. LINKSEXTREMISMUS



Die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist auch für linksextremistische Gruppierungen ein mobilisierendes Thema. Auf die aktuellen Entwicklungen reagieren Linksextremisten mit verstärkten Aktivitäten, insbesondere im Zusammenhang mit ihrem Aktionsfeld „Antirassismus“. Hierbei versuchen sie, den Anschluss an demokratische Initiativen zu finden, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen. Doch dürften die Aktivitäten häufig mehr Mittel zum Zweck sein; Linksextremisten instrumentalisieren das Thema für ihre eigenen Belange, insbesondere den Kampf gegen die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und den politischen Gegner, insbesondere Rechtsextremisten. Sie streben die Überwindung dieser Normen zugunsten einer kommunistischen Staatsordnung oder einer herrschaftsfreien, anarchistisch geprägten Ordnung ohne staatliches System an. Sie stellen das staatliche Gewaltmonopol in Frage und verurteilen staatliche Maßnahmen pauschal als „Repression“ und faschistoiden Rassismus. Sie handeln häufig rechtswidrig. Bei Aktionen linksextremistischer Gruppierungen kam es in der Vergangenheit immer wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen, Übergriffen auf Polizeibeamte, tätlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten und Sachbeschädigungen.

## 4. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

In Deutschland werden verschiedene extremistische Ausländerorganisationen von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. In der Regel handelt es sich um linksextremistische, extrem nationalistische oder separatistische Vereinigungen. Politik, Strategie und Aktionen dieser Gruppierungen in Deutschland werden ganz entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt. Oftmals zielen sie auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland ab – die gegebenenfalls auch mit Hilfe terroristischer Mittel herbeigeführt werden soll. Deutschland gilt den meisten dieser Gruppierungen als Rückzugsraum: Von hier aus können sie die Heimatorganisation mit Propaganda sowie materiellen und finanziellen Mitteln unterstützen.



Im Zusammenhang mit den aktuellen Flüchtlingsbewegungen ist besonders die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) darum bemüht, neu ankommende kurdischstämmige Flüchtlinge für ihre Ziele zu gewinnen. Die Organisation wurde 1978 von dem mittlerweile inhaftierten Abdullah ÖCALAN mit dem Ziel gegründet einen Kurdenstaat zu errichten; inzwischen wurde dieses Ziel zugunsten der Forderung nach weitgehender Autonomie der von Kurden besiedelten Gebiete aufgegeben. Seit über 30 Jahren führt sie deshalb einen - zeitweise ausgesetzten - Guerillakrieg gegen den türkischen Staat.

In Deutschland sammeln ihre Anhänger im größeren Umfang Spendengelder und betreiben Propaganda, z. B. für die Freilassung von ÖCALAN (auch „Apo“ genannt) und die Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots. Hierzu organisieren sie Demonstrationen, Podiumsdiskussionen, Hungerstreiks, Mahnwachen und Infostände. Die Tageszeitung „Yeni Özgür Politika“ (YÖP) und die verbotene Publikation „Serxwebun“ sind die zentralen Sprachrohre der PKK. Sie dienen der Mobilisierung ihrer Mitglieder und zur Verbreitung kurdenspezifischer Themen. Die PKK versucht stets neue Anhänger zu gewinnen – auch für den bewaffneten Kampf in der Türkei. Aktuell beteiligt sie sich mit ihrem militärischen Arm, den

„Volksverteidigungskräften“ (HPG), an der Bekämpfung der Terrororganisation „Islamischer Staat“. Für diesen Einsatz genießt sie die Sympathien der Flüchtlinge aus den Krisenregionen in Nordsyrien und dem Nordirak.

Hilfeleistungen, z. B. die Begleitung bei Behörden gängen oder Übersetzungsdienste für kurdischstämmige Flüchtlinge, gewährt die PKK über ihre örtlichen Vereine. Dachverband dieser Vereine ist das „Demokratische Kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland“ (NAV-DEM). Mitglieder religiöser und ethnischer Minderheiten in der durch den IS bedrohten Region Syrien/Irak finden in der PKK-nahen „Föderation der yezidischen Vereine e. V.“ (FEK) und der „Föderation der Demokratischen Aleviten“ (FEDA) eine Anlaufstelle.



Die Jugendorganisationen „Komalen Ciwan“ und „Ciwanen Azad“ binden die jugendlichen PKK-Anhänger ein und schulen sie ideologisch im Sinne der PKK. Diese Gruppierungen zeichnen sich durch verbale Aggressivität und eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus.

## 5. SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Die „Scientology-Organisation“ (SO) geht auf den Science-Fiction-Schriftsteller L. Ron HUBBARD zurück. Sie ist international tätig, hierarchisch organisiert und verfügt über eine große finanzielle Schlagkraft. Die totalitäre Organisation will ihr antidemokratisches Programm durch langfristige Expansion auf die Gesellschaft übertragen. Bei ihren Mitgliedern will SO Abhängigkeiten schaffen und fordert von ihnen absoluten Gehorsam und immer wieder finanzielle Opfer. Nach außen verschleiert die SO ihre Ziele und tritt teilweise verdeckt in Gestalt von Hilfsorganisationen auf, z. B. mit vorgeblichen Menschenrechts- oder Drogenpräventionsprogrammen.

Beim Erstkontakt behaupten die SO bzw. deren „Hilfsorganisationen“, individuelle Lebenshilfe zu leisten. Es ist möglich, dass Scientologen mit Bücherständen oder gelben bzw. roten Zelt pavillons auch in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften Straßenwerbung betreiben. Diese dürfte unter verschiedenen Bezeichnungen geschehen; häufig finden sich: „Dianetik“, „Der Weg zum Glückseligkeit“, „Ehrenamtliche Geistliche“, „Jugend für Menschenrechte“ oder „Sag NEIN zu Drogen – Sag JA zum Leben“.



## 6. SPIONAGEABWEHR

Ein Großteil der Flüchtlinge, die in Baden-Württemberg ankommen, stammt aus Ländern, deren staatliche und behördliche Strukturen durch Unruhen und bewaffnete Auseinandersetzungen nur noch begrenzt intakt sind.

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass es in vielen Herkunftsländern funktionierende nachrichtendienstliche Strukturen oder „Geheimdienste“ gegnerischer Bürgerkriegsparteien gibt. Vor diesem Hintergrund besteht auch für nach Deutschland geflüchtete Menschen das Risiko, dass sie weiterhin durch Nachrichtendienste des Heimatlandes ausgeforscht und unter Druck gesetzt werden. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass über die Flüchtlingsbewegungen verdeckt agierendes nachrichtendienstliches Personal gezielt nach Deutschland eingeschleust wird.

Die Spionageabwehr benötigt deshalb Informationen über:

- Flüchtlinge, die mutmaßlich durch Angehörige eines fremden Dienstes ausgespäht werden/wurden;
- Personen, die im Verdacht stehen, Flüchtlinge auszuspähen (ein Indiz hierfür kann übertriebene Neugierde von Gesprächspartnern sein, wenn die individuellen Lebensumstände im Herkunftsland thematisiert werden);
- Personen, die von sich selbst behaupten, vor ihrer Flucht einem Nachrichtendienst angehört zu haben.



## WAS KÖNNEN SIE TUN? WIE ERREICHEN SIE UNS?

Extremistische Organisationen sollten in Flüchtlingsunterkünften keine Aktivitäten entfalten können. Bei Hinweisen auf solche Aktivitäten bietet es sich deshalb an, vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Um eingereiste Extremisten, zum Beispiel Jihadisten mit terroristischem Hintergrund, mögliche Radikalisierungen oder Gefährdungen einzelner Flüchtlinge durch extremistische Organisationen oder eine Einflussnahme durch fremde Nachrichtendienste rechtzeitig zu erkennen, sind die Sicherheitsbehörden auf Unterstützung vor Ort angewiesen. Deswegen bitten wir um Mitteilung an das Landesamt für Verfassungsschutz, falls Erkenntnisse über Werbungsversuche oder sonstige extremistische Vorkommnisse bekannt werden. Bei konkreten Einzelfällen mit möglichen extremistischen Bezügen steht Ihnen das Landesamt für Verfassungsschutz gerne beratend zur Verfügung.

In Fällen, die eine unmittelbare Gefahrenabwehr erfordern oder bei Verdacht auf die Begehung von Straftaten, bitten wir Sie um Mitteilung an die nächstgelegene Polizeidienststelle. Dies gilt insbesondere bei Hinweisen auf einen möglichen terroristischen Hintergrund von Einzelpersonen oder Gruppen.

Bei Hinweisen oder Verdachtsmomenten können Sie sich per E-Mail an das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg wenden: [hinweis@lfvbw.bwl.de](mailto:hinweis@lfvbw.bwl.de).

Außerdem steht Ihnen das Vertrauliche Telefon des Landesamts zur Verfügung:

### ZUM ISLAMISMUS:

0711/95 61-984 (deutsch/englisch)

0711/95 44-320 (türkisch)

0711/95 44-399 (arabisch)

### ZUR SPIONAGE:

0711/95 47-626

### ZUR SCIENTOLOGY-ORGANISATION:

0711/95 61-994

Unter allen angegebenen Rufnummern können Sie rund um die Uhr Informationen auch anonym übermitteln. Werktags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr werden Ihre Hinweise direkt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes entgegengenommen. In der übrigen Zeit sind jeweils Anrufbeantworter geschaltet. Zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem Landeskriminalamt findet insbesondere zum frühzeitigen Erkennen von Bedrohungs- oder Gefahrenlagen sowie zur Prüfung der eingehenden Hinweise ein regelmäßiger und enger Informationsaustausch statt.

Über das anonyme Hinweisgebersystem BKMS nimmt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg auch direkt Hinweise zu besonders gefährlichen rechtsextremistischen und islamistischen Aktivitäten im Internet entgegen:

### RECHTSEXTREMISMUS:

[www.bkms-system.net/bw-staatsschutz](http://www.bkms-system.net/bw-staatsschutz)

### ISLAMISMUS:

[www.bkms-system.net/bw-islamismus](http://www.bkms-system.net/bw-islamismus)

Presse-, Behörden- und Bürgeranfragen nimmt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg entgegen:

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg  
Leitungsstab, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Taubenheimstraße 85A  
70372 Stuttgart

Telefon: 0711 / 9544-293 oder -427

E-Mail: [info@lfvbw.bwl.de](mailto:info@lfvbw.bwl.de)

Internet: [www.verfassungsschutz-bw.de](http://www.verfassungsschutz-bw.de)

Auf der Homepage des Landesamts finden Sie zudem Links zu Präventionsprojekten und Beratungsangeboten in Baden-Württemberg.





**Baden-Württemberg**

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ